Abend-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 9. Juli	Nr. 896

UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Programm der Olympischen Festspiele.

Berlin, 9. Juli. Während der Olympischen Spiele finden folgende Feiern und Festlichkeiten statt:

Mittwoch, 29. Juli:

12 Uhr: Einweihungsfeier der Ausstellung „Sport der Hellenen".

16 Uhr: Eröffnungssitzung des Internationalen Olympischen Komitees mit geladenen Gästen in der Aula der Friedrich-Wilhelm-Universität.

21 Uhr: Festakt im Pergamon-Museum, Internationales Olympisches Komitee, Nationale OK, Organisationskomitee, Präsidenten der internationalen Sportverbände, Reichsregierung, Vertreter von Kunst und Wissenschaft.

Donnerstag, 30. Juli:

13 Uhr: Frühstück der Stadt Berlin für IOK und Organisationskomitee.

20 Uhr: Empfang des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda für Presse, Funk, Foto, Film in der Kroll-Oper.

Freitag, 31. Juli:

12 Uhr: Einweihungsfeier der Olympia-Kunstausstellung in der Halle VI am Messegelände, Kaiserdamm.

13 Uhr: Frühstück für das IOK, gegeben vom Reichssportführer in der Villa Kersten am Rupenhorn.

20 Uhr: Essen für IOK, Nationale OK, Internationale Sportverbände, Chefs de mission der Mannschaften im Kaiserhof.

Sonnabend, 1. August:

10.30 Uhr: Festgottesdienst im Dom und in der St. Hedwigs-Kathedrale.

11.30 Uhr: Besuch des Ehrenmals, Unter den Linden.

12 Uhr: Empfang IOK und Ehrengäste im Alten Museum.

12.15 Uhr bis 13 Uhr: Jugendfeier im Lustgarten.

13.30 Uhr: Empfang beim Führer und Reichskanzler für das IOK mit anschließendem Frühstück im Reichspräsidenten-Palais.

Sonntag, 2. August:

20 Uhr: Fest der Teilnehmer des Sternfluges im Haus der Flieger.

Montag, 3. August:

20 Uhr: Fest der Teilnehmer der Auto-Sternfahrt.

Dienstag, 4. August:

20 Uhr: Empfang ehemaliger Olympiasieger im Haus der Flieger.

Mittwoch, 5. August:

11 Uhr: Vortrag von Sven Hedin in der Akademie der Wissenschaften.

Donnerstag, 6 August:

21 Uhr: Offizieller Empfang der Reichsregierung und der Preußischen Staatsregierung in der Staatsoper.

Montag, 10. August:

IOK-Fahrt nach Kiel. Mittagessen an Bord von Schiffen der Kriegsmarine. Abendessen und Abendfest der Stadt Kiel.

Freitag, 14. August:

12 Uhr: Dampferfahrt des IOK nach Grünau. Mittagessen auf dem Dampfer.

Sonnabend, 15. August:

13 Uhr: Mittagessen der Generalsekretäre auf den Stadionterrassen.

18 Uhr: Sommerfest des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda in Schloß Babelsberg.

Sonntag, 16. August:

21 Uhr: Fest der Teilnehmer in der Deutschlandhalle.

Feuerlöschpolizei in neuer Uniform.

Berlin, 9. Juli. Am Donnerstag-Vormittag wurden dem Chef der Ordnungspolizei, General Daluege durch Oberbrandirektor Wagner die abgeänderten Uniformen der Feuerlöschpolizei vorgestellt.

Die Uniform besteht aus dunkelblauem Grundtuch, wie es bisher seit 1870 von der Berufsfeuerwehr getragen wurde. Zu der Rockbluse aus dunkelblauem Tuch wird eine schwarze Tuchhose getragen. Die Uniform der Feuerlöschpolizei lehnt sich stark an die Uniform der Vollzugspolizei an, was in der Ausführung der kragenspiegel und der Rangabzeichen besonders zum Ausdruck kommt. Als Mütze wird eine Schirmmütze aus blauem Stoff wie bisher bei der kommunalen Vollzugspolizei getragen. Auch der Feuerwehrhelm aus Gangmetall, aluminiumfarben, trägt das Nationale der Polizei.

Zwei Hinrichtungen in Trier.

Trier, 9. Juli. Am Donnerstag ist in Trier die am 9. März 1885 geborene Apollonia Schu, geb. Schankweiler, aus Newel hingerichtet worden, die am 6. November 1935 vom Schwurgericht in Trier wegen Mordes in drei Fällen dreimal zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden war. Apollonia Schu hatte im April 1929, im August 1933 und im April 1935 die von ihrer Tochter Anna Schu geborenen unehelichen Kinder ermordet, weil es ihr lästig war, für die Kinder zu sorgen und sie aufzuziehen.

Die 1910 geborene Anna Schu aus Newel ist durch das gleiche Urteil wegen Mordes an dem im April 1929 geborenen Kinde zum Tode und wegen Kindestötung in zwei Fällen und versuchter Abtreibung zur Zuchthausstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten verurteilt worden.

Die gegen Anna Schu ausgesprochene Todesstrafe hat der Führer und Reichskanzler im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt, weil die Verurteilte zur Zeit des von ihr begangenen Mordes erst wenig über 18 Jahre alt gewesen und dem unheilvollen Einfluß ihrer mitverurteilten Mutter unterlegen ist.

Ebenfalls am Donnerstag wurde in Trier der 1917 geborene Josef Breuer aus Gonzerath hingerichtet, der am 15. November 1935 vom Schwurgericht in Trier wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden ist. Breuer hatte am 1. Juni 1935 seine 76jährige Großmutter während der Feldarbeit erschlagen und beraubt.

Danziger Hetzblatt verboten.

Danzig, 9. Juli. Der Danziger Polizeipräsident hat die zweimal wöchentlich erscheinende Danziger Nationale Zeitung auf die Dauer von fünf Monaten verboten, weil sie Ausführungen gemacht hat, die in hohem Maße geeignet waren, eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung herbeizuführen.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Zeitung von Anbeginn an hauptsächlich darauf abgestellt gewesen sei, das Deutsche Reich und die deutschen Staatsmänner zu verunglimpfen und daß sie selbst nicht davor zurückgeschreckt sei, dem Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches entehrende Motive vorzuwerfen. In ihren maßlosen Angriffen gegen den Nationalsozialismus und in dem Bestreben, das Deutsche Reich zu schädigen, habe das Blatt in vielen Fällen sogar die ausländische Emigrantenpresse übertroffen.

Der Polizeipräsident weist weiter nachdrücklich darauf hin, daß gerade die „Danziger Nationale Zeitung", die als Parteiorgan der sogenannten Deutschnationalen Volkspartei in Danzig das Wort deutsch stets besonders betont habe, bewußt und absichtlich das Ansehen Deutschlands und seiner führenden Männer zu schädigen versuche. Das müsse zwangsläufig zu einer Störung des Verhältnisses der Freien Stadt Danzig zu seinem Mutterland und damit zu einer Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung führen. Hinzukommt, daß die in zerletzender Absicht erfolgten fortgesetzten Angriffe des Blattes gegen die Danziger Regierung und die sie tragende Partei gleichfalls die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die Fundamente jeden Ordnungsstaates gefährdeten.

Kabinettssitzung in London.

London, 9. Juli. Das britische Kabinett trat am Donnerstag vormittag zusammen. Es behandelte u. a. die in der Konferenz von Montreux entstandene schwierige Lage.

Wieder Friedensdienst bei der britischen Mittelmeerflotte.

London, 9. Juli. Wie wir erfahren, hat die britische Regierung die Absicht, die britische Mittelmeerflotte umgehend auf den normalen Zustand zurückzuführen.

Damit wird der Zustand der Mobilisierung aufgehoben und der normale Friedensdienst wieder durchgeführt. Es wird hervorgehoben, daß dies in der Hauptsache im Interesse der Mannschaften und Offiziere, die im mobilen Zustand einen sehr harten Dienst gehabt hätten, liege. Zugleich wird eine gewisse Verminderung in der Stärke der Mittelmeerflotte erfolgen.

Der englisch-sowjetrussische Meinungsstreit.

London, 9. Juli. Die englisch-sowjetrussischen Meinungsverschiedenheiten auf der Meerengenkonferenz in Montreux werden von der englischen Presse weiterhin stark besprochen.

Times befaßt sich mit der von Sowjetrußland aufgestellten und von Frankreich unterstützten Forderung, jeden Franco-Sowjetpakt zur Rechtfertigung der freien Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Meerengen im Kriegsfall heranzuziehen möchte. Die englische Delegation, so wird betont, stimme dem nicht zu. Diese Meinungsverschiedenheit lasse neue Verwicklungen erwarten, da sowohl von der französischen wie von der Sowjet-Abordnung energisch behauptet werde, der französisch-sowjetrussische Pakt sei eine rechtsgültige Vereinbarung im Rahmen der Völkerbundssatzung. Die Stellungnahme der englischen Delegation scheine das erste Anzeichen dafür zu sein, daß Großbritannien dem französisch-russischen Pakt fremd sei. Es sei klar, daß es sich hier um große politische Fragen handele, und mehrere Abordnungen hätten deshalb ihre Regierungen um neue Anweisungen ersucht.

In einem Leitaufsatz befaßt sich die „Times" mit der außenpolitischen Stellung der Sowjetunion. Alles deute darauf hin, daß Sowjetrußland bald eine vorherrschende Stellung in einem uneinigen Europa einnehmen werde. Die neugefundene „Würde" Rußlands werde dauernd durch den Eifer der Komintern gefährdet, deren unterirdische Zerstörungsversuche gegen Regierungen, mit denen Moskau freundschaftliche Beziehungen aufrechterhalte, oft der Gegenstand von Protesten seien, aber niemals von befriedigenden Erklärungen seien. Sowjetrußland treibe demnach zweierlei Außenpolitik, nämlich die kurzfristige und opportunistische Politik des Kremls und die langfristige Politik der Komintern.

Die Komintern-Politik werde zurzeit im Hintergrund gehalten. Es sei jedoch keineswegs sicher, daß sie fallen gelassen werde. Solange Moskau nicht seine Stellungnahme zur Weltrevolution vollkommen klarlege, könne man es den Nachbarstaaten nicht übelnehmen, wenn sie der Ansicht seien, daß die Sowjetunion einem Januskopf gleiche.

Fortsetzung der Beratungen in Montreux.

Montreux, 9. Juli. Unter Zurückstellung des Artikels 16, über den noch keine Einigung erzielt ist, hat die Meerengen-Konferenz am Donnerstag die Beratung des englischen Entwurfs fortgesetzt. Bei den wichtigen Bestimmungen ergaben sich neue Meinungsverschiedenheiten, besonders hinsichtlich der Einschaltung des Völkerbundes im Falle einer nach Meinung der Türkei bestehenden Kriegsgefahr und hinsichtlich der Beibehaltung der Meerengen-Kommission.

Die Frage der Völkerbundsbefugnisse wurde auf japanischen Antrag hin vertagt, da der japanische Vertreter noch keine endgültigen Anweisungen hat.

Zugeständnisse soll der türkische Ausschuß auf Grund von sowjetrussischen und rumänischen Anregungen eine Formel ausarbeiten. Bezüglich der Meerengen-Kommission wurde das türkische Verlangen nach Aufhebung von den Mitgliedern der Balkan-Entente unterstützt. Es wird von einer Kommissionsfüllung gesprochen, die darin bestehen würde, daß entweder die konsularischen oder die diplomatischen Vertreter der Unterzeichnerstaaten die bisherigen Aufgaben der Meerengen-Kommission übernehmen würden.

Léon Blum über die Freundschaft mit Jugoslawien.

Belgrad, 8. Juli. Der französische Ministerpräsident Blum erklärte einem Vertreter der Belgrader Vreme da in einem Interview: „Mein höchster Wunsch ist, die Beziehungen zwischen Jugoslawien und Frankreich nicht nur zu erhalten, sondern noch herzlicher zu gestalten. Die französische Regierung ist sich des Ernstes der Lage in Mitteleuropa bewußt, vor allem in der Frage Oesterreichs. Sie macht deshalb die größten Anstrengungen, daß dieses Problem eine Regelung erfährt, die alle interessierten Völker annehmen können.

„Es ist Ihnen bekannt, mit welchem Interesse ich das Leben Ihres Landes begleite. So verstehe ich auch durchaus die Notwendigkeit einer Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Jugoslawien und Frankreich. Die französisch-jugoslawische Freundschaft ist ein bestimmendes Prinzip meiner Regierung. Dies bedeutet, daß wir alles tun werden, um den Handelsverkehr zwischen unseren Ländern zu verstärken. Jugoslawien hat keinerlei Grund zu Beunruhigung. Die Volksfront-Regierung kann die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die die französische Demokratie mit dem jugoslawischen Staat verknüpfen, nur verstärken."

Diese Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten, so sagt „Pravda" hinzu, werden in unserem Lande mit größter Sympathie aufgenommen. Das Blatt begrüßt besonders, daß Blum offenbar die Politik Lavals nicht fortsetzen wolle, und es hofft, daß die Wünsche der jugoslawischen Regierung nun bald erfüllt werden.

Nationaler Parteikongreß in Bukarest.

Bukarest, 9. Juli. Am Donnerstag wurde in Bukarest der Kongreß der Nationalliberalen Partei eröffnet. Dem Kongreß kommt insofern besondere innerpolitische Bedeutung zu, als er die Befriedung der Beziehungen zwischen dem Vorsitzenden der Partei, Konstantin Bratianu, und dem Ministerpräsidenten Tatarescu bekräftigen soll.

Sowohl Bratianu als auch Tatarescu hielten bei der Eröffnung des Kongresses Ansprüchen innen- und außenpolitischen Inhalts. Beide Redner haben die monarchistische Einstellung der Partei hervor. Auf außenpolitischem Gebiet unterstrichen sie die zunehmende Rolle Rumäniens im europäischen Ostraum. Besonderes Gewicht legte Bratianu auf die Rüstungspolitik. Rumänien müsse so stark sein, daß es bei seinen Verbündeten Vertrauen genieße und von seinen früheren Gegnern respektiert werde. Nur so vermöge es den Gefahren zu begegnen, die vielleicht schon morgen entstehen können. Rumänien werde sich auch keinesfalls von jenen Staaten trennen, mit denen es verbündet sei.

Bemerkenswert waren die Erklärungen Bratianus über die Wirtschafts- und Rohstoffpolitik Rumäniens. Seine Partei sei dafür, daß die Wirtschafts- und Rohstoffpolitik Rumäniens unter der Losung Rumänien den Rumänen geführt werde.

Ministerpräsident Tatarescu hob mit außenpolitischen Teil seiner Rede vor allem die Bukarester Zusammenkunft der drei Staatsoberhäupter der Kleinen Entente hervor. Auf die innenpolitischen Verhältnisse übergehend, wandte er sich neuerlich gegen alle von der Rechten oder von der Linken kommenden Strömungen. Die Rolle der Liberalen Partei könne nur darin bestehen, alle unausgereiften Ideen aufzunehmen und einzudämmen.

Tschechoslowakischer Militärballon abgestürzt.

Prossnitz, 8. Juli. Am Mittwoch nachmittag geriet über dem Militärflugplatz in Prossnitz ein Militärballon mit einer vier Mann starken Besatzung in 3000 m Höhe in ein heftiges Gewitter, das von einem Hagelschlag begleitet war. Den Mitgliedern der Besatzung erfroren die Hände, sodaß sie die Ventil-Leine des Ballons nicht mehr betätigen konnten. Der Ballon stürzte ab und wurde vernichtet. Ein Mitglied der Besatzung wurde schwer, die übrigen drei leicht verletzt.

Italienische Rekorde im Langstreckenflug.

Rom, 8. Juli. Die italienischen Fliegeroffiziere Hauptmann Stoppani und Hauptmann Novelli haben mit einem dreimotorigen italienischen Wasserflugzeug Zapata 506 im Langstreckenflug über 2000 bezw. 1000 Kilometer neue Rekordgeschwindigkeiten erreicht. Bei einer Nutzlast von 2000, 1000 und 500 kg bzw. ohne Nutzlast ergaben sich für den Langstreckenflug über 2000 km eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 307,311 km in der Stunde, bei dem Langstreckenflug über 1000 km eine solche von 313,261 km in der Stunde. Die entsprechenden Rekorde waren bisher mit 265,606 bezw. 253,182 km in amerikanischer Hand.

Der Aufruf des Palästina-Kommissars bisher erfolglos.

Jerusalem, 9. Juli. Der Aufruf des britischen Kommissars an die arabische Bevölkerung, der auch durch von Flugzeugen abgeworfene Handzettel verbreitet wurde, ist bisher erfolglos geblieben. Der Generalstreik und die Terrormaßnahmen haben sich sogar an vielen Orten noch verstärkt.

Der Mittelpunkt der Streikbewegung ist nunmehr Jerusalem, wo sich bereits eine bedrohliche Lebensmittelverknappung bemerkbar macht. Gemüse und Obst werden auf dem Wege zur Stadt von den arabischen Streikposten zertreten und die Milch wird ausgegossen. Dabei ist es völlig unverständlich, warum die Araber zu derartigen Zerstörungsmaßnahmen greifen, von denen nur die arabische Bevölkerung selbst betroffen wird, während die jüdische Bevölkerung und die jüdische Landwirtschaft davon unberührt bleiben. Man glaubt deshalb, diese sinnlose Vernichtung von Lebensmitteln auf kommunistische Einflüsse zurückführen zu können.

Unruhen und Verhaftungen in Syrien.

Jerusalem, 9. Juli. In dem bisher halb autonomen syrischen Drusen-Gebiet kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, als in der Hauptstadt Soueida eine landwirtschaftliche Ausstellung eröffnet wurde. Im Anschluß daran und im Zusammenhang mit separatistischen Bestrebungen wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Die Versuche, die französisch-syrischen Verhandlungen in Paris zu stören, die besonders vom Emir Arslan in Genf geschürt werden, finden ihren Niederschlag in der Verhaftung des Präsidenten der verbotenen Syrischen Nationalpartei, der die Bevölkerung zum Steuerstreik aufgerufen hatte.

Verantwortlich: i. V. Hermann Rühiger, Berlin-Friedenau.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.